

Kampf um das Rax-Werk

Die Bewegung gegen Privatisierung und Entstaatlichung in Wiener Neustadt

ERICH SAMECK

Wer sich mit der niederösterreichischen Industriegeschichte vertraut macht, stößt in Wiener Neustadt zwangsläufig auf drei herausragende Betriebe: die legendäre Lokomotivfabrik, die 1842 gegründet und später unter den Namen G. Sigl bzw. Henschel geführt wurde, die Autofabrik Austro-Daimler und die Wiener Neustädter Flugzeugwerke, die Hauptangriffspunkt im Zweiten Weltkrieg waren. Darüber hinaus gab es eine Vielzahl anderer Unternehmen verschiedenster Produktionsbereiche.

Thema dieses Beitrags ist die – „Rax-Werke“ genannte – Lokomotivfabrik, die teilweise einen Belegschaftsstand von über 8.000 Arbeitskräften hatte. Neben dem Daimler-Motorenwerk nahmen hier im Jänner 1918 die Arbeitskämpfe gegen die Kriegsnot ihren Ausgang. Als ehemaliger deutscher Rüstungsbetrieb war das Rax-Werk nach 1945 Teil der USIA und befand bis zum Abschluss des Staatsvertrags im Jahr 1955 unter sowjetischer Verwaltung. Im September und Oktober des Jahres 1950 stand die Belegschaft des Rax-Werks an der Spitze der Streikbewegung („Oktoberstreik“) in Wiener Neustadt. In den Jahren 1963 bis 1966 wurden neue Formen des Klassenkampfes erprobt, zuletzt veranlasst durch die Bestrebungen, diesen Betrieb aus dem Bereich der verstaatlichten Industrie herauszubrechen. Das Rax-Werk und seine Arbeiter und Angestellten galten in den 1960er Jahren als die Hauptstörenfriede gegen die Bemühungen, die verstaatlichten Unternehmen in Österreich zu zerschlagen.

Der vorliegende Beitrag ist keine auf einem systematischen Quellenstudium basierende Analyse eines Historikers, sondern er stützt sich vor allem auf selbst Erlebtes und auf das Nachblättern in den verschiedensten zeitgenössischen Presseunterlagen.¹ Der Berichterstatter – damals Chefredakteur der *Wr. Neustädter Nachrichten* – war dabei, manchmal am Rande, oft direkt vor dem Betriebstor, immer im unmittelbaren Gespräch mit den Akteuren, nach den verschiedenen Zusammenkünften und Betriebsversammlungen, und meist bei der Umsetzung der dort besprochenen Pläne. Er war Reporter, er reportierte. Er wusste,

dass schon wenige Jahre nach der Übergabe der USIA-Unternehmen an die österreichische Regierung für einen Klüngel von Mächtigen die Auslöschung des Werks auf der Tagesordnung stand.

Withalm-Plan

Bereits 1958 erzwang der verstaatlichte SGP-Konzern (Simmering-Graz-Pauker), dem das Rax-Werk nach 1955 als Tochterbetrieb angegliedert worden war, den Abbau einer großen Zahl an Arbeitsplätzen. Obwohl der Betrieb im Staatsvertragsjahr 1955 schuldenfrei dagestanden war, mehr als 1.000 Arbeiter beschäftigte und auch die Auftragsbücher gefüllt waren, traten plötzlich angebliche „Schwierigkeiten“ auf, wogegen sich bereits 1958 eine Protestbewegung entfaltete. Die KPÖ trat frühzeitig gegen die künstlich geschürten Gerüchte (heute würde man sie „Fake-News“ nennen) auf, die Fabrik wäre nicht lebensfähig. Als am 26. Jänner 1962 in Wiener Neustadt die Vorstandskonferenz der verstaatlichten Industrie, in Anwesenheit von Vizekanzler Bruno Pittermann (SPÖ), tagte, überreichte die KPÖ-Gemeinderatsfraktion eine Petition gegen die Privatisierungs- und Schließungstendenzen. Auf den einfachsten Nenner gebracht ging es um Garantien dafür, dass das Rax-Werk im Verband der verstaatlichten Industrie erhalten bleibt. Jede Privatisierung würde einen Schiffbruch herbeiführen.

Als Ende 1963 der ÖVP-Generalsekretär Hermann Withalm laut einen Plan verkündete, mit der Demolierung der verstaatlichten Industrie in Österreich beginnen zu wollen, schrillten in Wiener Neustadt die Alarmglocken. Seit dem Oktoberstreik des Jahres 1950 wusste man hier, dass das Rax-Werk im Visier der Privatisierer stand. Unverblümt ließ man durchsickern, dass Betriebs-schließungen die Folge sein könnten. Auch der SGP-Konzern, die „Mutter“ der hiesigen Produktion, wurde im Plan der ÖVP genannt. In der Stadt hütete man sich vor jedweder Illusion. In den Parteien, der Gewerkschaft, der Geschäftswelt und in den Kammern war Gesprächsstoff Nummer eins: Soll die „Bude“ abgemurkt werden, und was wird dann aus der Kaufkraft? Die negativen Auswirkungen einer Schließung des

Werks waren für alle Lager in Wiener Neustadt offensichtlich.

Auftragssperre

Was 1963/64 von den Beschwichtigern noch als bloße Theorie abgetan wurde, erwies sich spätestens ab Jänner 1965 als brennheiß. Zu diesem Zeitpunkt informierte SGP-Generaldirektor Zach die Öffentlichkeit, per 30. Juni 1965 das Rax-Werk aus dem SGP-Konzern auszustößen und eine Sperre des Betriebs durchsetzen zu wollen. Der nächste Knackpunkt war die mit allen Konsequenzen über das Werk verhängte totale Auftragssperre. Davon waren nicht nur die Waggon-, sondern auch die Maschinenbauaufträge betroffen. Alle in Auftrag genommenen Arbeiten mussten auslaufen. Die Arbeiter blieben in Reaktion auf diesen Schritt nicht untätig. Sie alarmierten die Gewerkschaft und die Öffentlichkeit. Aus Protest gegen die geplante Schließung des Werks wurden die Sirenen der Fabriken und die Lokomotiven in Gang gesetzt. Ilmar Tessmann, der Pfarrer der Flugfeldpfarre St. Anton, solidarisierte sich mit den Arbeitern und ließ gleichzeitig eine Stunde lang „seine“ Kirchenglocken läuten. Währenddessen wurde im Rathaus eine Pressekonferenz des Rax-Werks veranstaltet. Außer den örtlichen Gewerkschaften solidarisierten sich mit der Belegschaft des Betriebs der gesamte Gemeinderat von Wiener Neustadt, die Geistlichkeit der Stadt, die Handelskammer, die Lehrerschaft, das Militärkommando und andere mehr. Selbst die ÖAAB-Betriebsgruppe der ÖVP schloss sich nicht aus.

Gleichzeitig legten KPÖ- und SPÖ-Funktionäre im Wiener Neustädter Stadtsenat und Gemeinderat sowie Bürgermeister Rudolf Wehrl im Niederösterreichischen Landtag die Finger auf die offene Wunde, indem sie zur Gegenwehr aufforderten. Anfangs schien ein Miteinander gegen die Privatisierungsbestrebungen als selbstverständlich, bis das schier Unvermeidliche eintrat. Die ÖVP, auf lokaler Ebene noch in der Verteidigungsposition, national aber offen auf Withalm-Kurs, vertrat stur die Interessen der Privatisierer. Die SPÖ begann zu lavieren. In diesem Moment waren die Arbeiter und Angestellten, die Wie-



Betriebsversammlung im Rax-Werk im Dezember 1965

Demonstration in Wiener Neustadt am 18. Dezember 1965

ner NeustädterInnen und die kleinen Geschäftsleute am Zug.

Kündigung der Belegschaft

Am 28. Juni 1965 fand eine Aufsehen erregende Kundgebung der Wiener Neustädter vor dem Gebäude der SGP-Generaldirektion in der Mariahilfer Straße in Wien statt. Just zu dieser Zeit drehten der für die verstaatlichte Industrie maßgebliche „15er Ausschuss“ und der SGP-Vorstand weiter an der Schicksalsschraube des Betriebs. In Verhandlungen mit dem ÖGB standen nur mehr Fragen wie die Abfertigung der Arbeiter zur Diskussion, nicht aber die weitere Existenz des Werks und sein Verbleiben im Verband der verstaatlichten Industrie.

Jeder weitere Schritt, der nun im Betrieb, in der Gemeindeverwaltung, im Land Niederösterreich und im Bund gesetzt wurde, machte die Stimmung brisanter und explosiver. Die SGP-Macher versuchten, dem Angriff eine neue Spitze zu geben, indem sie lapidar wissen ließen: „Da bedauerlicherweise der gesamten Belegschaft des Rax-Werks wegen Arbeitsmangels zu dem gesetzlichen Termin gekündigt werden muss, sehen wir uns aus dem gleichen Grund veranlasst, das Dienstverhältnis mit den Betriebsräten unter Einhaltung der gesetzlichen Fristen zu lösen.“ Dieser ungeheuerliche Schritt, so hieß es damals in einem Bericht in der Lokalpresse, löste die Einberufung einer Vollversammlung im Werk aus, zu der Mitte Juli 1965 auch der vormalige Betriebsratsobmann des Rax-Werks und nunmehrige KPÖ-Gemeinderat Peter Zottl eingeladen wurde. Dieser überaus beliebte und populäre Arbeiterfunktionär wurde stürmisch begrüßt, erklärte sich solidarisch mit den kampfbereiten Arbeitern und Angestellten, appellierte an die Klassen-

solidarität, unabhängig von parteilichen Bindungen, und rief im Verbund mit den anderen Arbeitervvertretern zu direkten Kampfmaßnahmen auf. Das Resultat dieser Initiative war, dass die Mehrheit der Teilnehmer seine Einbeziehung in das Kampfkomitee verlangte.

Obwohl einige SPÖ-Betriebsräte diesen Schritt – offenbar aufgrund eines „höheren“ Auftrags – verhindern wollten, konnten sie sich damit bei der Belegschaft nicht durchsetzen. Zur Zuspitzung der Lage trug in diesem Augenblick die Entsendung eines Sonderkommandos der Polizei bei, um Zottl im Auftrag der Direktion aus dem Werk zu entfernen. Dies löste bei den Versammelten, die nahezu völlig hinter ihrem ehemaligen Betriebsratsobmann standen, eine derartige Empörung aus, dass sie gegen die Polizei Stellung nahmen und ihn gegen die Ordnungshüter schützten. Damit war ein Punkt erreicht, an dem die Polizisten Einsicht zeigten und sich zurückzogen.

Lokale Abwehrfront

Zunächst sprachen die späteren Zusperrer von der Abgabe des Werks an einen Bestbieter. Als solcher hatte sich schon im Mai 1965 ein Unternehmer, der berühmte Kugellagerfabrikant Ferdinand Pölzl, in Stellung gebracht. Weder die Arbeiter noch die Gemeindevertreter, die der Mann kontaktierte, nahmen ihm aber sein Kaufinteresse ab. Wusste man doch, was er eigentlich im Schilde führte: Er war aufs „Filetieren“ der Betriebsstätte aus. Die „Serbenhalle“ – das einst von den Nazi-Räubern von Kraljewo nach Wiener Neustadt verschleppte Kernstück des Werks, mit Dimensionen, die in ganz Europa kaum Ähnlichkeiten hatte – wäre für diesen „Windbeutel“, wie der Unternehmer damals ganz offen genannt wurde, nur ein dem Verfall

überlassenes Nebenbei gewesen. Dementsprechend wurde im Werk sofort reagiert: Die Betriebsräte Dörfel, Riegler und Schuster organisierten bereits Ende Mai eine Belegschaftsversammlung und berichteten über eine Auseinandersetzung mit Pölzl. Es gab eine präzise „Abwägung“ des Kaufangebots, bei der es letztlich einstimmig abgelehnt wurde. Der von den Versammlungsteilnehmern gefasste Beschluss lautete: Der Kampf um den Erhalt des Betriebs im Rahmen der verstaatlichten Industrie müsse weitergeführt werden. Dieser Beschluss gegen Pölzl wurde später in einer Urabstimmung bestätigt.

In diesen Wochen und Monaten bemühten sich die Vertreter aller im Rathaus vertretenen Parteien, die Eliminierung des Werks zu verhindern. Es gab eine lokale Einigung darüber, dieses Vorhaben mit allen erdenklichen Mitteln zu vereiteln. SPÖ-Vizebürgermeister Hans Barwitzius, damals schon der Wortführer der SPÖ in der Stadt, vertrat neben den KPÖ-Mandataren Franz Pusterhofer, Karl Flanner und Peter Zottl die Sache der Rax-Werk-Arbeiter mit gleicher Energie. Als Bezirkssekretär des ÖGB machte Barwitzius eine Verhinderung des Anschlags auf das Werk zu einer Angelegenheit für alle Wiener NeustädterInnen. Die ÖVP-Vertreter im Gemeinderat weigerten sich zwar nicht grundsätzlich, diesen Weg zu beschreiten, sie taten dies aber mit deutlich reduzierter Gangart.

Als sich die Situation zuspitzte und die Gefahr einer tatsächlichen Sperre des Werks unübersehbar wurde, überlegte sich die Rathausspitze tatsächlich, sich an einer Sanierung des Rax-Werks zu beteiligen, um es als eigenen Betrieb in der verstaatlichten Industrie weiterführen zu können und somit fürs Erste eine Zerstückelung des Betriebs zu ver-

hindern. Was sich damals in der im Zweiten Weltkrieg schwerst gezeichneten österreichischen Stadt abspielte, wurde auch im internationalen Pressewesen registriert. In Wien klang es beim Unternehmerblatt *Die Presse* natürlich gänzlich anders: Dort fehlte es nicht an Giftpfeilen gegen die Standhaftigkeit der Rax-Werk-Arbeiter.

Besetzung und Hungerstreik

Im November 1965 bestätigte der Ministerrat den Beschluss des 15er Ausschusses, der SGP-Generaldirektion den Verkauf des Rax-Werks zu übertragen. Das kam einem Freibrief gleich. Die über das Werk verhängte Auftragsperre und die drohende Entstaatlichung nötigten die Verteidiger ihrer Interessen, am 14. Dezember 1965 zu einem „Sitzstreik“ und einer knapp zweiwöchigen Betriebsbesetzung zu schreiten. Tag und Nacht hielten sie stand. Als damit keine positiven Ergebnisse erzielt werden konnten, traten am Sonntag, den 20. Dezember, Mitternacht zwölf Arbeiter in den Hungerstreik, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Das Presseecho auf diese Aktion war österreichweit vernehmbar. Nach einer Feiertagsunterbrechung und der Fortsetzung ihres Appells an die Solidarität zeigten sich beeindruckende Resultate. An die hunderte österreichische Betriebe schrieben und telegrafierte den Rax-Werklern und versicherten ihre Solidarität und Beistandsbereitschaft. An die Gewerkschaft und Regierung wurden scharf gefasste Protestresolutionen entsandt und es kam zu mehreren Vorsprachen. Weiters trafen Geldspenden im Werk ein, Wiener Neustädter Geschäftsleute stellten sich mit Lebensmitteln und Zigaretten ein.

Karl Flanner und Peter Zottl brachten die Rax-Werk-Frage sowohl im Betrieb und den Gemeinderatssitzungen als auch bei jeder nur möglichen öffentlichen Auseinandersetzung auf den Punkt. Sie war in mehrerer Hinsicht beispielgebend: Hier zeigte sich, dass Begriffe wie Klassenbewusstsein, Kampfwille und Solidarität noch immer tief in den Köpfen der Werkstätigen verankert waren.

Dass der aus dem Flugfeldviertel stammende Arbeiterpriester Ilmar Tessmann vor dem Werkstor eine Beistandsmesse zelebrierte, die frapant Züge einer Demonstrationsversammlung annahm, war einer jener Momente, die sich in die Erinnerung eingebrannt haben. Schon zu einem früheren Zeitpunkt hatte dieser Seelsorger Flugblätter verbreiten lassen, in denen er etwa schrieb: „Besinnt Euch,

bevor es zu spät ist! Im besonderen wir Katholiken am Flugfeld und alle Fabrikarbeiter, die doch Tür an Tür mit den Arbeitnehmern des Rax-Werks wohnen, müssen jetzt für unsere Arbeitskollegen – egal welcher Parteilinie – eintreten. Als Euer Arbeiterseelsorger bitte ich Euch alle, nehmt an jeder Aktion zur Rettung des Rax-Werks teil!“

Alles, was vor und nach solchen Aktionen erfolgte, übte auf die arbeitende Bevölkerung in dieser Zeit eine große Signalwirkung aus. Am 18. Dezember 1965 formierte sich im bereits weihnachtlich geschmückten Wiener Neustadt ein Demonstrationszug. Angeführt von den Mitgliedern des Betriebsrats des Werks und den Bezirksausschussmitgliedern des ÖGB zogen Frauen und Kinder der streikenden Arbeiter zum Rathaus, um dort aufzurütteln. Die „Gschroppen“ trugen Tafeln mit Aufschriften wie „Kommt Vati zu Weihnachten heim?“ Der Zug hielt auf dem Hauptplatz an und eine Delegation sprach bei Hans Barwitzius vor, der im September dem verstorbenen Rudolf Wehrl als Bürgermeister nachgefolgt war. Barwitzius brachte seine Erschütterung über das völlig unverständliche Verhalten des SGP-Vorstands zum Ausdruck und unterstrich, dass ein Gemeinderatsbeschluss die Bundesregierung ausdrücklich auf die schwerwiegenden Folgen einer Betriebssperre aufmerksam gemacht habe.

Definitive Schließung

Damals war die Haltung von Barwitzius eindeutig pro Rax-Werk, und seine Fraktion folgte ihm auf den Fuß. An der Geschlossenheit der Abwehrfront schien also zunächst nichts zu rütteln. Insgesamt war jedoch die Haltung der zentralen SPÖ-Stellen, insbesondere gegenüber den Kampfmethoden der direkt Betroffenen, eher schwankend, zaghaft bis schließlich ausweichend. Alle Winkelzüge, die von den Zusperrern betrieben wurden, um falsche Hoffnungen zu wecken, waren Teil eines miesen Spiels. Im Februar 1966 wurde das Rax-Werk, der größte metallverarbeitende Betrieb von Wiener Neustadt, definitiv geschlos-



KPÖ-Vorsitzender Franz Muhri (Mitte) im Spital bei den Rax-Werk-Arbeitern, die in den Hungerstreik getreten waren.

sen. Elf Arbeiter traten hierauf neuerlich in den Hungerstreik. Gemäß einer Mitteilung des SGP-Vorstands wurde die Kündigung der gesamten Belegschaft vom ÖGB-Präsidenten Anton Benya gedeckt und vom SGP-Zentralbetriebsrat gutgeheißen. Damit wurde das Rax-Werk zugunsten der Wiener SGP-Betriebe geschlossen. Das Bezirkspräsidium des ÖGB Wiener Neustadt stellte nunmehr in einem Beschluss fest: Jede weitere Aktion zugunsten des Rax-Werks werde ohne Unterstützung des ÖGB bleiben, weshalb die gesamten Bemühungen der Bezirksleitung der Gewerkschaft und der Betriebsräte hinfällig geworden seien. Die Kollegen wurden ersucht, von weiteren Kampfmaßnahmen Abstand zu nehmen.

Was da zur Kenntnis genommen werden musste, löste im Werk bitterste Enttäuschung aus. Nach dem gewaltigen Aufbäumen, nach den Sitzungen des Gemeinderats im Betrieb, nach Werksbesuchen u.a. von Außenminister Bruno Kreisky und Innenminister Hans Czettel, nach den zahlreichen Aufmärschen und Demonstrationen, die eine Hoffnung auf Erfolg berechtigt erschienen ließen, nun dieses kalte Aus. Man male sich die Stimmung aus. Bei einer großen Berichtsversammlung der Wiener Neustädter KPÖ im hiesigen Brauhausaal, die wenige Tage danach stattfand, wurde abgerechnet. Parteivorsitzender Franz Muhri, die Gemeinderäte Peter Zottl und Karl Flanner sowie Betriebsrat Kurt Riegler schlussfolgerten übereinstimmend, dass alle, die an der Seite der Rax-Werkler gestanden hatten, den Fahrplan der Entstaatlicher und Privatisierer empfindlich gestört hatten.

Anmerkung:

1/ Siehe zu diesem Thema auch Karl Flanner: Das Beispiel des Rax-Werks, in: *die arbeit*, 22. Jg. (1966), Nr. 3, S. 13–16.